

Stadtkämmerer Karl Heinz Blasweiler

Haushaltsrede

zur Einbringung des Verwaltungsentwurfs

zum Haushalt 2019

am 08.10.2018

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt Lüdenscheid gibt seit vielen Jahren erheblichen Anlass zur Sorge. Seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (kurz: NKF) zum 01.01.2009 ist es nicht ein einziges Mal gelungen, einen originär ausgeglichenen Haushaltentwurf vorzulegen. Und obwohl die meisten Haushaltsjahre im Ergebnis besser abschlossen als nach der Planung zu erwarten war, verlor die Stadt Lüdenscheid in weniger als zehn Jahren rund 135 Mio. Euro – das ist mehr als ein Drittel – ihres ursprünglichen Eigenkapitals.

Auch für 2019 weist die vorgelegte Haushaltsplanung wieder ein erhebliches Defizit, um genau zu sein: 8.229.970 Euro, aus. Das sind sogar über 900.000 Euro mehr als in der Finanzplanung 2018 befürchtet. Allerdings wird sich dieses Defizit aufgrund aktueller Entwicklungen voraussichtlich noch einmal um rund 3 Mio. Euro verringern; dies ist darauf zurückzuführen, dass uns nach Fertigstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2019 die Nachricht erreichte, dass wir nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz in 2019 mit einer Erstattung in Höhe von rund 3 Mio. Euro rechnen dürfen. Auch wenn sich damit die Gesamtschau auf den Haushalt 2019 für manche als nicht mehr ganz so schlimm darstellen mag – aus meiner Sicht: immer noch schlimm genug! –, sind wir zum Erhalt zumindest kleiner Gestaltungsspielräume weiterhin auf die Inanspruchnahme des Haushaltssicherungsregimes nach § 76 der Gemeindeordnung unbedingt angewiesen. Dies bedeutet aber auch: Gelingt es nicht, den strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2022 überzeugend darzustellen, werden wir unweigerlich den wesentlich restriktiveren Vorgaben des sogenannten Nothaushaltsrechts unterworfen.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit dem heute vorgelegten Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2019 und der darin inbegriffenen Finanzplanung für die Jahre 2020 – 2022 wird in der Abwicklung unseres Haushaltssicherungskonzeptes ein wichtiger Meilenstein erreicht: zum ersten Mal wird in der Finanzplanung für die Jahre 2020 – 2022 das Ende des HSK-Konsolidierungszeitraums und damit das für die Genehmigungsfähigkeit unserer Haushaltsplanung so enorm bedeutsame Jahr 2022 konkret sichtbar; zum ersten Mal zeigt sich der angestrebte strukturelle Haushaltsausgleich nicht nur als Ergebnis einer im Detail nicht dokumentierten Hochrechnung der Kämmerei, sondern für jedermann nachvollziehbar in den heute vorgelegten Haushaltsunterlagen; zum ersten Mal zeigt sich – bildlich gesprochen – ein nicht mehr nur im Fahrplan versprochenes, sondern ein reales Licht am Ende des Tunnels.

Um im Bild zu bleiben: Da nicht jeder hoffnungsfroh und schwungvoll ins Gleis gesetzte Zug auch den vorgesehenen Bahnhof erreicht, ist es heute - trotz des Lichts am Ende des Tunnels – deutlich zu früh, die Sektkorken im Bordrestaurant knallen zu lassen.

Wenden wir uns einer nüchternen Bestandsaufnahme zu:

Zunächst ist festzustellen, dass der Haushaltsausgleich in 2022 bei einem erwarteten Jahresüberschuss von rund 180.000 Euro nur noch sehr knapp gelingt. Noch im Vorjahr durften wir von einem Überschuss von über 600.000 Euro im Jahr 2022 ausgehen. Zu dieser kritischen Entwicklung haben zahlreiche belastende Faktoren beigetragen, die durch die ebenfalls zu konstatierenden Entlastungen nicht kompensiert werden konnten. Für detaillierte Ausführungen hierzu sei auf den Vorbericht verwiesen, so dass ich mich auf wenige, besonders hervorzuhebende Aspekte beschränken kann.

Die Planung basiert auf der Umsetzung der bereits beschlossenen dritten Stufe der Steuererhöhungen bei Grund- und Gewerbesteuer in 2019. Die aufgrund des ausgesprochen guten Jahresergebnisses 2017 aufgetretenen Hoffnungen, auf weitere Steuererhöhungen verzichten zu können, lassen sich ohne Gefährdung des Konsolidierungsziels nicht einmal ansatzweise umsetzen.

Die in der bisherigen Finanzplanung nicht berücksichtigte und in 2018 neu aufgenommene Dividendenzahlung der ENERVIE in Höhe von netto rund 1,6 Mio. Euro wurde in allen Jahren in gleichbleibender Höhe eingeplant. So erfreulich sich die mit der Wiederaufnahme der Dividendenzahlung belegte wirtschaftliche Erholung der ENERVIE darstellt, haben wir in diesem Zusammenhang doch zweierlei zu beachten: Zum einen ist daran zu erinnern, dass der Vorstand der ENERVIE in den vergangenen Monaten mehrfach darauf hingewiesen hat, dass sich die energiewirtschaftlichen Unternehmen in einem sehr schwierigen Umfeld bewegen; dementsprechend hängen zukünftige Unternehmenserfolge mehr denn je davon ab, ob und inwieweit es gelingt, gesamt- und energiewirtschaftliche, ökologische, regulatorische und politische Entwicklungen vorauszusehen und das eigene Handeln danach auszurichten. Dies bedeutet für unseren Haushalt, dass wir die Fortführung der Dividendenzahlung – wie geschehen – zwar einplanen können; eine Garantie, dass in jedem Jahr die erhoffte Ausschüttung erfolgt, kann angesichts der genannten Rahmenbedingungen

niemand geben. Der zweite bedeutsame Aspekt, auf den ich aufmerksam machen möchte, kann mit dem bekannten Spruch „wie gewonnen so zerronnen“ recht gut charakterisiert werden. Durfte für dieses Jahr noch unbefangen über die Verwendung der zusätzlich und unerwartet zugeflossenen Mittel diskutiert werden, eröffnen die Dividendenzahlungen für die Jahre 2019 – 2022 keine neuen Gestaltungsspielräume; vielmehr müssen sie für die Abwicklung bereits vorhandener Aufgaben in Anspruch genommen werden.

Weiterhin möchte ich daran hinweisen, dass wir – entsprechend der derzeitigen Rechtslage – bei der Aufstellung von Haushalts- und Finanzplan davon ausgegangen sind, dass ab 2020 die erhöhte Gewerbesteuerumlage zur Finanzierung von Solidarpaktumlage und Finanzierungsbeteiligung am Fonds Deutsche Einheit entfallen wird. Wir sprechen für die Stadt Lüdenscheid von einem jährlichen Betrag von ca. 4 Mio. Euro. Ich erwähne diesen Aspekt deshalb, weil Teile der Hessischen Landesregierung laut und vernehmlich überlegt haben, die erhöhte Gewerbesteuerumlage über 2019 hinaus fortzuführen. Die bisherige Positionierung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten, dass die NRW-Landesregierung der Fortführung „kritisch“ gegenüberstehe, erscheint mir zu defensiv. Im Interesse der Stadt Lüdenscheid kann ich mich mit einer *kritischen* Einschätzung der Angelegenheit nicht zufriedengeben – erforderlich ist meines Erachtens eine *strikte Ablehnung*. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang und auch angesichts mancher Äußerungen im Hinblick auf den Tag der Deutschen Einheit in der vergangenen Woche eine Bemerkung: In der Debatte des Deutschen Bundestags am 27.09.2018 zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit wurde verschiedentlich angesprochen, dass nicht wenige Menschen in Ostdeutschland sich hinsichtlich ihrer Lebenserfahrungen, erfolgter Umbrüche und erlebter Ungerechtigkeiten nicht ausreichend gewürdigt fühlen, dass man deutsche Einheit nicht auf wirtschaftliche Kennzahlen reduzieren dürfe. Beides ist in der Sache richtig, beides kann anhand zahlreicher Beispiele belegt werden. Gleichzeitig darf dies meines Erachtens aber nicht dazu führen, dass die enormen Leistungen, die beim Aufbau Ost erbracht wurden, kleingeredet werden; entsprechende Kalkulationen bilanzieren inzwischen über eine Billion Euro, die für den infrastrukturellen Aufbau ebenso wie für die soziale Absicherung der dort lebenden Menschen aufgebracht wurden. Es darf angesichts des jährlichen Lüdenscheider Finanzierungsbeitrags von – wie gesagt – 4 Mio. Euro nicht so getan werden, als könne dies vom „reichen Westen“ alles mehr oder weniger aus der Portokasse gezahlt werden. Nein, die Finanzierungsbeiträge der Stadt Lüdenscheid zum Aufbau Ost konnten angesichts der unausgeglichenen Haushalte letztlich nur durch wirtschaftlichen Substanzverzehr aufgebracht werden. Zur Vermeidung von Missverständnissen sei noch einmal klargestellt: Ich kritisiere nicht das Projekt Aufbau Ost, schon gar nicht will ich – anders als manch geschichtsvergessener Ostalgiker – Stacheldraht und Mauer wiederhaben. Ich will auch nicht vorhandene Probleme kleinreden oder gar für die wirtschaftlichen Transferleistungen demütige Dankbarkeit verlangen. Aber: Die Finanzierungsbeiträge der Lüdenscheider Bürgerinnen und Bürger sind beachtlich; sie verdienen eine uneingeschränkte und durch nichts relativierte Würdigung.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bereiteten in den vergangenen Jahren vor allem der Landschaftsverband und der Märkische Kreis mit den von ihnen erhobenen Umlagen erhebliche Sorgen, stellt sich die Lage aktuell etwas entspannter dar: Zwar kommt es auch für 2019 zu Mehraufwendungen, diese bleiben aber deutlich hinter den in der letztjährigen Finanzplanung dokumentierten Befürchtungen zurück. Die wichtigste Ursache hierfür ist die gute konjunkturelle Entwicklung. Diese führt einerseits dazu, dass beide über die Schlüsselzuweisungen von den insgesamt steigenden Steuererträgen des Landes profitieren; andererseits führen die niedrigen Arbeitslosenzahlen zu einem spürbaren Rückgang an SGB-II-Bedarfsgemeinschaften und damit zu geringeren Sozialaufwendungen. So erfreulich sich diese Entwicklungen insgesamt darstellen, offenbaren die zugrundeliegenden Wirkzusammenhänge doch zugleich ein im Ausmaß höchst bedeutsames, zugleich aber von der Stadt Lüdenscheid in keiner Weise beeinflussbares Risikopotential: Sobald es zu einer nennenswerten Verschlechterung der gesamtwirtschaftlichen Lage kommt, sehen sich sowohl der Landschaftsverband als auch der Märkische Kreis gleichzeitig mit sinkenden Erträgen einerseits und steigenden Aufwendungen andererseits konfrontiert. Diese würden über eine höhere Landschaftsverbands- bzw. Kreisumlage auf einen städtischen Haushalt treffen, der dann seinerseits unter zurückgehenden Steuererträgen zu leiden hätte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dass ich Sie hier nicht an letztlich ignorierbaren Gruselgeschichten aus abendlichen Kämmererrunden teilhaben lasse, sondern über sehr reale, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar bevorstehende Risiken berichte, mag folgender Hinweis belegen:

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise in 2007/2008, die im Zusammenbruch der amerikanischen Investmentbank „Lehmann Brothers“ am 15.09.2008 einen bemerkenswerten Höhepunkt fand, war in erheblichem Umfang auf das Platzen einer Immobilien-Spekulationsblase in den USA zurückzuführen.

Vor wenigen Wochen berichtete die Süddeutsche Zeitung von einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wonach in acht von zwanzig untersuchten Ländern deutliche Anzeichen für eine neuerliche Spekulationsblase im Immobilienbereich bestehen, darunter wiederum die USA und auch Deutschland. Wenn auch nicht unmittelbar in Deutschland, sieht der DIW-Forscher Claus Michelsen doch die Gefahr, dass das Platzen einer dieser Preisblasen – wie vor zehn Jahren in den USA – erneut zu einer weltweiten Krise führen könnte. Wörtlich: „Die Gefahr ist real, denn die Regulierung der Finanzmärkte ist nicht so weit vorangeschritten, wie man sich das wünschen würde und wie man es sich nach der großen Finanzkrise in den Jahren 2007 und 2008 gegenseitig versprochen hat.“ (*Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 25.07.2018*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die aktuelle Befundlage fasse ich wie folgt zusammen:

1. Wir befinden uns weitere aus HSK-Kurs, aber unter verschlechterten Rahmenbedingungen.
2. Der städtische Haushalt ist massiven Risiken ausgesetzt, die allerdings eigenen Einfluss- oder Gestaltungsmöglichkeiten nicht zugänglich sind.
3. Der für 2022 prognostizierte strukturelle Haushaltsausgleich wird nur gerade eben so erreicht. Dies bedeutet für die anstehenden Haushaltsberatungen, dass fast jeder Änderungswunsch, ist er inhaltlich auch noch so gut begründet und nachvollziehbar, einer expliziten Gegenfinanzierung bedarf.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

selbst angesichts der bisher geschilderten Sorgen und Probleme im Bereich der für die Erreichung des Haushaltsausgleichs relevanten Ergebnisrechnung, bereiteten uns in der Kämmerei die *investiven* Haushaltsanmeldungen bei der Erarbeitung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2019 noch wesentlich größere Schwierigkeiten. Der investive Deckel für die Jahre 2019 – 2022 wäre bei Umsetzung sämtlicher Anmeldungen um mehr als 12 Mio. Euro überschritten worden. Nur mit größter Mühe, genauer gesagt: durch Umfinanzierungen, Verschiebungen, Umplanungen und die Aufgabe des bisher noch nicht ausgeplanten Pauschalansatzes für zukünftige Straßenbaumaßnahmen, - nur durch all das ist es gelungen, diese massive Überschreitung wieder einzudämmen. Die hierbei veranlassten Entscheidungen im Einzelfall werden, damit für bestmögliche Transparenz gesorgt ist, von der Kämmerei den Fraktionsvorsitzenden zur Vorbereitung der Haushaltsklausuren noch mitgeteilt. Hierdurch werden Sie in die Lage versetzt, ggfls. abweichende Schwerpunkte bzw. Prioritäten zu setzen, allerdings nur dann, wenn eine jahres- und mindestens betragsgleiche Kompensation sichergestellt wird.

Die beträchtlichen Programmreduzierungen, die zur Einhaltung des investiven Deckels vorzunehmen waren, dürfen übrigens nicht als investiver Stillstand fehlgedeutet werden. Vielmehr sind allein für 2019 für teil- und unrentierliche Maßnahmen fast 14 Mio. Euro vorgesehen. Zudem schieben wir über die sogenannten Ermächtigungsübertragungen einen jährlich wachsenden Bestand an noch nicht abgeschlossenen Investitionsmaßnahmen vor uns her. Das von 2017 nach 2018 übertragene Gesamtvolumen belief sich auf ca. 16,1 Mio. Euro. (*Quelle: Sitzungsdrucksache 030/2018*). Auch in diesem Jahr werden aller Voraussicht nach nicht alle beabsichtigten Investitionsprojekte abgewickelt werden können, so dass bereits jetzt neuerliche Ermächtigungsübertragungen abzusehen sind. Diese werden zu einer spürbaren Erhöhung des in 2019 bereits aufgrund der Neuplanungen zu bewältigenden Investitionsvolumens führen. Gerade der erhebliche und seit Jahren steigende Umfang an Ermächtigungsübertragungen zeigt meines Erachtens, dass die Investitionstätigkeit der Stadt Lüdenscheid im Moment weniger durch den investiven Deckel als vielmehr durch von uns in der Regel nicht oder kaum beeinflussbare Probleme bei der Umsetzung der ursprünglich beabsichtigten Maßnahmen gebremst wird.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch wenn wir einen HSK-kompatiblen Vorschlag zu den Investitionen vorgelegt haben und auch wenn aus den Ermächtigungsübertragungen noch investive Maßnahmen in erheblichem Umfang abzuwickeln sind, bleiben die durch den investiven Deckel bis 2022 vorgegebenen Restriktionen deutlich spürbar.

Gerade in diesem Zusammenhang zeigt sich meines Erachtens mehr denn je die Richtigkeit des Vorschlags zur Einrichtung einer Rücklage zur Teilfinanzierung des Neubaus einer Feuer- und Rettungswache in Höhe von 10 Mio. Euro aus dem Jahresergebnis 2017. Eine entsprechende Beschlussfassung im Zusammenhang mit der Feststellung des Jahresergebnisses wäre ein wichtiger, erster großer Schritt zur unbedingten Absicherung der Finanzierung dieses für die Sicherheitsinfrastruktur der Stadt Lüdenscheid so wichtigen Projekts.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn es in diesen Tagen in politischer Rede auf Bundes- oder Landesebene um öffentliche Investitionen geht, dann fällt das Stichwort „Digitalisierung“ oftmals bereits bevor der erste Absatz zu Ende gebracht wurde.

Diese thematische Prominenz mag aus zwei Gründen auch gar nicht verwundern:

Zum einen führt kein Weg an einer Befassung mit diesem Top-Thema vorbei. Das Bundeswirtschaftsministerium stellt in diesem Zusammenhang zutreffend fest: „Die Digitalisierung ist im vollen Gange. Sie betrifft uns alle – und sorgt für einen tiefgreifenden Wandel in jedem Lebensbereich.“ (Quelle: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/digitalisierung.html>; zuletzt abgerufen am 04.10.2018, 10:45 Uhr)

Zum anderen wurden in Deutschland wichtige Entwicklungen in diesem Bereich bisher schlichtweg „verschlafen“, so dass nun dringender Nachholbedarf besteht. So kritisiert beispielsweise die Deutsche Industrie- und Handelskammer DIHK die fehlende flächendeckende Breitbandversorgung und verweist auf über 20.000 Gewerbebetriebe, die noch nicht ans Glasfasernetz angeschlossen sind. (Quelle: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/digitalisierung-darum-liegt-deutschland-im-eu-vergleich-hinten-15480625-p2.html>; zuletzt abgerufen am 04.10.2018, 11:30 Uhr)

Wenn man sich etwas eingehender mit dem Thema Digitalisierung befasst, gelangt man rasch zu folgender Einschätzung:

1. Der rasant zunehmende Einsatz technischer Medien zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nicht aufzuhalten; er kann bestenfalls beeinflusst werden.
2. Ein einheitliches Verständnis davon, was Digitalisierung eigentlich meint, gibt es nicht.
3. Bei aller Uneinheitlichkeit besteht im politischen Bereich aber auf jeden Fall eine recht weitgehende Fokussierung auf die technischen Aspekte der Digitalisierung, z.B. den Breitbandausbau sowie die Bereitstellung leistungsfähiger WLAN-Infrastrukturen in den Innenstädten bzw. in Öffentlichen Gebäuden.

Da – wie bereits gesagt – mit einem tiefgreifenden Wandel in allen Lebensbereichen zu rechnen sein wird, kommt auch die Stadt Lüdenscheid nicht umhin, mit Digitalisierung mal unmittelbar, mal mittelbar, mal als Akteurin, mal in einer eher begleitenden Rolle befasst zu werden. Natürlich werden wir uns dabei auch mit der Schaffung leistungsfähiger technischer Infrastrukturen in allen möglichen Bereichen irgendwie zu befassen haben. Heute geht es mir aber um etwas Anderes: um Bildung – den in der Digitalisierungsdebatte bisher nicht unbedingt bedeutsamsten Aspekt.

Die Lüdenscheider Kommunalpolitik engagiert sich seit vielen Jahren im Bereich der Bildung. Dies geschieht einerseits aus dem Verständnis heraus, dass Bildung für die persönliche Entwicklung und auch den beruflichen Aufstieg der hier lebenden und arbeitenden Menschen von zentraler Bedeutung ist. Dies geschieht andererseits aus dem Bewusstsein heraus, dass unsere heimische Wirtschaft nur dann weiter wachsen und gedeihen kann, wenn gut ausgebildete Menschen zur Wahrnehmung der anstehenden betrieblichen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Einen bemerkenswerten Impuls zum Zusammenhang von Bildung und Digitalisierung lieferte Anfang des Jahres beim Weltwirtschaftsforum der chinesische Milliardär und Gründer des Internet-Konzerns Alibaba, Jack Ma. Gefragt, wie er als ausgebildeter Lehrer zum Thema Bildung stehe, äußerte er Folgendes: „Alles, was wir unseren Kindern beibringen, muss sich von dem unterscheiden, was Maschinen können.“ Es sei sinnlos, den Fokus auf das Lernen von Wissen zu legen, das jeder Computer wesentlich schneller verfügbar machen könne als ein Mensch. „Werte, Vertrauen, unabhängiges Denken, Teamwork“ – das solle vermittelt werden; schließlich solle kreativen Fächern wie Sport, Musik und Kunst ein größeres Gewicht beigemessen werden. (Quelle: <https://www.sueddeutsche.de/bildung/bildung-mehr-mut-zur-utopie-1.4076576>; abgerufen am 04.10.2018, 14 Uhr)

Donnerwetter, mag man denken: Werte, Vertrauen, unabhängiges Denken und Teamwork – da muss man bei der letzten Facebook-Debatte, z.B. über Integration in Deutschland, aber einiges übersehen haben.

Scherz beiseite: Natürlich ist mir bewusst, dass die Stadt Lüdenscheid nicht für die Lehrpläne der nordrhein-westfälischen Schulen, sondern nur für die sogenannten „äußeren Schulangelegenheiten“ zuständig ist. Gleichwohl sollten wir den Impuls von Jack Ma nicht mit dem Vermerk „Stadt ist nicht zuständig“ einfach beiseitelegen. Vielmehr sollten wir in dreierlei Hinsicht näher hinschauen:

Zum Ersten sollten wir kritisch gegenüber denjenigen sein, die den Eindruck erwecken, dass mit Investitionen in die technische Infrastruktur – Stichwort noch einmal: Breitbandausbau – das Thema Digitalisierung bereits entscheidend in Angriff genommen sei. Nein, es geht um viel mehr.

Zum Zweiten sollten wir uns bewusst sein, dass die Stadt Lüdenscheid mit der Musikschule, mit der Volkshochschule, mit der Galerie, mit dem Kulturhaus sowie mit der Bereitstellung von Sportstätten unverzichtbare Beiträge leistet, um zusätzlich zu den schulischen Angeboten wichtige Impulse in den Bereichen Musik, Kunst und Sport zu vermitteln. Vielleicht sollten wir in diesem Zusammenhang aber einen gedanklichen Entwicklungsschritt tun: wir sollten uns zumindest teilweise davon lösen, die vorgenannten Einrichtungen als Standortfaktor zur Attraktivierung der Stadt Lüdenscheid für möglicherweise zuziehende oder hier zu bindende Fachkräfte zu betonen (und damit letztlich vor allem auf die Bedürfnisse von Erwachsenen zu fokussieren). Stattdessen sollten wir meines Erachtens noch mehr als bisher die Idee einer *anderen*, die Schule ergänzenden Bildung für unsere Kinder in den Vordergrund stellen. Hierzu gibt es zweifellos sehr gute Ansätze: denken wir an die intensive Zusammenarbeit von Musikschule und Schulen, denken wir an besondere Angebote von Galerie und Museen für Kinder, denken wir an die besondere Stellung der Kinder- und Jugendbücherei in der Gesamteinrichtung, denken wir an neue jugendgerechte Angebote im Kulturhaus. Vielleicht sollten wir einmal überlegen, was wir noch tun, was wir verändern, was wir intensivieren können, damit sich unsere Kinder in den städtischen Einrichtungen ein Stück Zukunft jenseits der Maschinen sichern können.

Schließlich, zum Dritten: Was spricht eigentlich dagegen, – Digitalisierung hin oder her – der Rückbesinnung auf Werte, Vertrauen, unabhängiges Denken und Teamwork generell einen größeren Raum in unserer Stadt einzuräumen?

Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft, Ehrlichkeit, Fürsorge für den Nächsten, Selbstdisziplin, Ordnung, Uneigennützigkeit, Aufmerksamkeit, Verständnis, Respekt, Großzügigkeit – hat nicht jeder und jede von uns das eine oder andere davon in letzter Zeit in zunehmendem Maße vermisst?

- Haben Sie sich nicht auch über verdreckte Müllsammelstellen geärgert?
- Haben Sie sich nicht auch über Menschen aufgeregt, die Rettungskräfte im Einsatz behindert oder gar angegriffen haben?
- Hat es Sie nicht auch erschüttert, dass in einem Bus in Lüdenscheid ein Rollstuhlfahrer massiv attackiert wurde?
- Haben Sie nicht auch manches Mal daran gedacht, dass einige anscheinend die angemessenen Verwendungsmöglichkeiten der Wörter „Danke“ und „Bitte“ nicht kennen?
- Sind Ihnen nicht auch die vielen, vor allem jungen Menschen aufgefallen, deren Aufmerksamkeitshorizont anscheinend nicht über die Displaygröße ihres Mobiltelefons hinausreicht – und das teilweise auch beim Autofahren?

Alle diese Beispiele sind dadurch gekennzeichnet, dass anscheinend immer mehr Menschen nur noch das „Ich“ kennen und darüber zunehmend das „Du“ und das „Wir“ aus den Augen verlieren. Bei manchen hat man den Eindruck, dass sie unsere Gemeinschaft nur noch als Selbstbedienungsladen verstehen, aus dem man das herausholt, was einem gerade beliebt, zu dem man aber nichts beizutragen hat.

Ich will jetzt hier nicht alles schlechtreden oder in dunkelsten Farben malen. Dies wäre ungerecht gegenüber all denjenigen, die sich anders verhalten, die sich engagieren, einsetzen, die helfen, die nach dem Nächsten schauen, die noch wissen, was sich gehört, die unsere Stadt, unser Land, tragen – all den „Normalos“, denen wir dafür zu danken haben, dass sie sich an Regeln halten, sich in Gemeinschaft einfügen und zur Gemeinschaft beitragen, die im „Wir“ leben und arbeiten. Dem gegenüber stehen aber eben manche, vermutlich zunehmende, teilweise erschreckende, Entwicklungen der letzten Monate oder auch Jahre, die zu denken geben. Deshalb meine ich, dass es uns allen guttun würde, wenn Werte, Vertrauen, unabhängiges Denken und Teamwork wieder mehr in den Vordergrund gerückt würden, wenn wir gemeinsam betonten, dass diese zu einem auskömmlichen Zusammenleben unbedingt dazugehören und dass jeder dazu beizutragen hat.

Mir wäre es in diesem Zusammenhang auch hundertmal lieber, städtische Gelder – die nichts anderes als Gelder unserer Bürgerinnen und Bürger sowie der heimischen Wirtschaft sind – in sinnvolle Projekte, von denen wir alle etwas haben, zu stecken, als davon beispielsweise die Mehrkosten für die Müllstreife und die Entsorgung des unzulässig abgeladenen Unrats abdecken zu müssen, nur weil sich einige Herrschaften davon überfordert zeigen, ihren Krempel im üblichen Rahmen und während der üblichen Öffnungszeiten des STL-Recyclinghofs zu entsorgen. Da wird der örtlichen Gemeinschaft ein völlig überflüssiger, weil vermeidbarer Schaden zugefügt, weil eben nur auf das „Ich“ und nicht auf das „Du“ und „Wir“ geschaut wird.

Werte, Vertrauen, unabhängiges Denken und Teamwork – das könnten schließlich im Sinne einer Vorbildfunktion noch stärker herauszustellende, wörtlich: hervor=ragende, Leitmotive für das politische Denken und Handeln sein, insbesondere im Hinblick auf die Kommunalwahl in zwei Jahren. Das bedeutet übrigens nicht inhaltlichen Einheitsbrei - deswegen ja: unabhängiges Denken. Das bedeutet vielmehr: Respekt im Umgang miteinander; interessiertes Zuhören; bedachtsames Abwägen, Achtung für die abweichende Meinung anderer; der stete Versuch, einen Konsens zu finden. Vieles davon gelang und gelingt hier sehr gut – wir sollten aber vielleicht häufiger und deutlicher vom Gelungenen sprechen. Ich meine: Die einvernehmliche Verfolgung dieser Leitmotive und auch das Sprechen darüber bringt uns alle weiter und schafft zugleich die besten Voraussetzungen dafür, bei der Kommunalwahl in zwei Jahren kein „blaues Wunder“ zu erleben.

Jack Ma sagte beim Weltwirtschaftsforum zum Abschluss: Wenn es uns nicht gelingt, umzulernen, dann werden wir alle große Probleme bekommen. Wenden wir das ins Positive: Wenn wir umlernen, dann gelingt das hiesige Zusammenleben, dann gelingt Gemeinschaft besser.

Ein anderes Wort für Gemeinschaft ist übrigens: Kommune.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2019, ein im wörtlichen Sinne vielseitiges Werk, ist das Ergebnis einer bestens eingespielten und von bester Sach- und Fachkunde getragenen Teamarbeit.

Dementsprechend möchte ich mich an dieser Stelle zunächst bei den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei, insbesondere bei Kämmereileiter Sven Haarhaus und seiner Stellvertreterin Susanne Gerlach, herzlich für die engagierte und hervorragende Zusammenarbeit bei der Erstellung des Verwaltungsentwurfs zum Haushalt 2019 bedanken.

Für die Vorbereitung der Stellenplanunterlagen danke ich der Leiterin des Fachdienstes Organisation und IT Martina Pabst sowie ihrer Stellvertreterin Brigitte Linnepe.

Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich herzlich für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.